

Pressemitteilung vom 30.01.2026 zum TV-N Bayern

Tarifverhandlungen für die bayerischen Nahverkehrsunternehmen - Arbeitgeber kritisieren die für Montag, den 02.02.2026, geplanten Streikmaßnahmen der Gewerkschaft ver.di

Ver.di streikt für einen umfangreichen Forderungskatalog, bei dem allein die Entgeltforderung mit einem Betrag von 668,75 € für die unteren Entgeltgruppen eine Entgeltsteigerung von bis zu 27,7 % bedeuten würde. Im Durchschnitt über alle Entgeltgruppen beinhaltet die Entgeltforderung von 668,75 € eine Gehaltssteigerung von knapp 17 %. Das überschreitet die selbst zu Hochzeiten der Inflation gestellten Forderungen der Gewerkschaft und auch das in anderen Branchen Übliche bei Weitem.

Hinzu kommt neben zahlreichen weiteren Punkten die Forderung nach einer Arbeitszeitreduzierung auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich. Die Arbeitszeit bei den Beschäftigten in den Nahverkehrsbetrieben liegt mit derzeit 38,5 Stunden unter den im öffentlichen Dienst sonst üblichen 39 Wochenstunden

Nicht nur in Zeiten, in denen eine konstante Finanzierungslücke bei den kommunalen Nahverkehrsunternehmen und eine bekanntermaßen sehr schwierige Haushaltslage der Kommunen besteht, sind Forderungen in dieser Höhe schlicht nicht erfüllbar.

Die Arbeitgeber haben – anders als üblich – bereits in der 1. Verhandlungsrounde ein Angebot vorgelegt, welches Entgeltsteigerungen von mindestens 5,0 % sowie zahlreiche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen beinhaltet und Tarifabschlüssen in anderen Branchen entspricht. Ver.di hat dieses Angebot ohne inhaltlichen Austausch als nicht verhandlungsfähig abgelehnt.

Die nun anstehenden Streiks unter Aufrechterhaltung der nicht realisierbaren Forderungen und in Kenntnis der aktuellen wirtschaftlichen Lage sowie des seit dem 19.01.2026 vorliegenden Angebotes kritisieren wir deutlich. Sie belasten die Bevölkerung zu Unrecht.

Wir benötigen eine Tarifeinigung, die nachhaltig ist:

- Nachhaltig für die Beschäftigten: Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und Entgelte, die realistisch und durch die Unternehmen tragbar sind, um einen negativen Einfluss auf das Arbeitsplatzangebot zu verhindern.
- Nachhaltig für die Qualität des ÖPNV: Abschlüsse, die dazu führen, dass das ÖPNV-Angebot aufrechterhalten werden kann und die Verkehrswende voranbringt.
- Nachhaltig für die Finanzierbarkeit: Mobilität, die für alle bezahlbar bleibt und die kommunalen Haushalte nicht über Gebühr belastet.

Nur wenn diese drei Ziele in Balance bleiben, wird die Verkehrswende gelingen – mit einem starken, zukunftsfähigen ÖPNV und guten Arbeitsplätzen, für unsere Beschäftigten und im Sinne der einer nachhaltigen Mobilitätspolitik.

Wir fordern die Gewerkschaft auf, sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst zu werden und gemeinsam mit den Arbeitgebern nach Lösungen am Verhandlungstisch zu suchen.

Kommunaler Arbeitgeberverband Bayern e.V., Hermann-Lingg-Str. 3, 80336 München, Tel. 089/530987-24, Fax 089/530987-26, E-Mail info@kav-bayern.de

Pressekontakt: Geschäftsführerin Dr. Sylvia Arnold